

Gruschka, Andreas

Der Pädagoge als Unternehmer oder Lumpenproletarier?

Pädagogische Korrespondenz (2000) 25, S. 90-92



Quellenangabe/ Reference:

Gruschka, Andreas: Der Pädagoge als Unternehmer oder Lumpenproletarier? - In: *Pädagogische Korrespondenz* (2000) 25, S. 90-92 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-77517 - DOI: 10.25656/01:7751

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-77517>

<https://doi.org/10.25656/01:7751>

in Kooperation mit / in cooperation with:



<https://pk.budrich-journals.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

ESSAY5 *Andreas Gruschka*

Alles muss besser werden, aber eigentlich ist alles egal
*Über Modernisierungsphantasien und die Schwerkraft einer irrationalen
Einrichtung der fortgeschrittenen Gesellschaft*

25 **AUS DEM GESTRÜPP DES INSTITUTIONALISMUS**

Ein Gespenst geht um ...
Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung

27 **DOKUMENTATION**

Dr. Johannes Tebbe
Der Mensch und sein Glück rückt wieder in den Mittelpunkt

29 **KÄLTESTUDIE I**

Andreas Gruschka
Was wäre, wenn es nach mir ginge?
*Moralische Urteile von Kindern im Augenblick ihrer Konfrontation
mit bürgerlicher Kälte*

44 **KÄLTESTUDIE II**

Marion Pollmanns
Die Welt als Wille oder Widerwille
Zur »Opfer«/»Täter«-Dialektik in der bürgerlichen Kälte

58 **KÄLTESTUDIE III**

Martin Heinrich
Was tun?
*Zur Diskontinuität von moralischem Wissen, moralischem Urteil
und moralischem Handeln*

DIDAKTIKUM72 *Andreas Gruschka*

Alles nur Theater

AUS DER FREMDE80 *Oskar Klemmert*

Vom Fall der Grenzen

84 **AUS DEN MEDIEN**

Karl-Heinz Dammer

Hoch soll Er leben!

90 **VERMISCHTES**

Andreas Gruschka

Der Pädagoge als Unternehmer oder Lumpenproletarier?

Andreas Gruschka

Der Pädagoge als Unternehmer oder Lumpenproletarier?

Dass die Berufsaussichten für den akademischen Nachwuchs in vielen Fächern schon lange trübe bis hoffnungslos sind, hat sich herumgesprochen. Wer möchte sich angesichts dieser Lage als fortgeschrittener Student noch auf die vage Möglichkeit einer akademischen Karriere einlassen? Die Universitäten sind gegenwärtig nicht einmal dazu in der Lage, den wenigen, die es dennoch riskieren wollen, und sei es auf niedrigem Niveau, Reproduktionsmöglichkeiten mit wissenschaftlicher Arbeit zu verschaffen. Welcher Professor kann heute einem talentierten jungen Menschen gar eine Assistentenstelle anbieten? Nicht nur in der Erziehungswissenschaft droht dieser Mangel zu einer beträchtlichen Krise bei der Rekrutierung des Nachwuchses zu führen: Die Besten wandern ab, anspruchsvolle wissenschaftliche Arbeit lohnt nicht.

Vielen, die es dennoch in den letzten Jahren zum wissenschaftlich qualifizierten Pädagogen mit Diplom, Magister, Staatsexamen, Promotion, ja bis zur Habilitation gebracht haben, bleibt, weil sie keine Stelle in den Hochschulen bekommen, nur die Wahl zwischen Berufswechsel mit Weiterbildung oder der Suche nach Reproduktionsmöglichkeiten auf dem »freien Markt« der Forschungs- und Beratungsaufgaben. Der ist in seinem Auftragsvolumen gar nicht unbeträchtlich. Von privatwirtschaftlicher oder öffentlicher Seite finanziert, gibt es neben etablierter Auftragsforschung viele kleinere »Jobs« zu erledigen: Zuarbeiten für einen Forschungsbericht für 15.000 Mark, kurzfristig zu erstellende Surveys, Fragebogenaktionen für 10.000 oder 20.000 Mark, eine Beratung mit Seminar 5.000 und schließlich noch 500 Mark für einen Beitrag in einem Sammelwerk. Die gegenwärtigen Modernisierungsbestrebungen in den Bildungsinstitutionen sowie die Pädagogisierungstendenzen in vielen Unternehmen und bei sozialen Dienstleistern werden dazu führen, dass der Markt für kleine Begleitforschungsprojekte, empirische Untersuchungen, Consulting, Supervision, Organisationsentwicklung etc. weiter anwächst.

Die Aussichten für die Auftragnehmer sind dennoch alles andere als rosig. Wer nicht in einem etablierten Institut arbeitet, dort wenn möglich fest angestellt ist, muss sich als »freier Wissenschaftler« um solche Aufträge bemühen. Er schließt sich dafür mit anderen Gleichgesinnten und Betroffenen zu einem Verbund zusammen, gründet einen Verein zur Förderung der Wissenschaft, oder er wird auf sich gestellt Unternehmer, Angestellter und Arbeiter in einer Person: Er akquiriert Aufträge als Vertreter seiner Firma, stellt je nach Auftragslage Hilfskräfte ein oder macht alles selbst, also auch die Aufgaben, für die ansonsten »Datenknechte« beschäftigt werden. Um die Betriebsnebenkosten zu minimieren, wird die Wohnung zum Büro, Nahestehende spielen die Bürokraft, wenn ein Auftraggeber anruft. Zusätzlich versucht der »freie

Wissenschaftler« Kontakt mit dem Wissenschaftssystem zu halten. Er bemüht sich um Lehraufträge. Vielleicht springt aus diesem Engagement doch noch eine Stelle, vielleicht eine Beteiligung an einem Drittmittelprojekt heraus. Dafür ist er bereit, die miserable Entlohnung hinzunehmen. Die Sozialhilfe weiß um das Existenzminimum, der Kanzler der Universität kennt bloß die Tarife für den »bezahlten« Lehrauftrag.

Die wirtschaftliche Existenz dieser Wissenschaftler ist also alles andere als beneidenswert. Hinzu kommt die belastende Unsicherheit, denn die meisten von ihnen können nicht sagen, ob sie morgen genügend Jobs haben werden, um sich ernähren zu können. Nervenaufreibend und nicht gerade identitätsfördernd wirkt sich sodann die Art aus, in der manche Auftraggeber diese Wissenschaftler behandeln. Dem freien Wechselspiel von Angebot und Nachfrage entsprechend müssen sie ihre Leistung ggf. immer billiger anbieten, sonst bekommen sie den nächsten Auftrag nicht mehr. Sie müssen damit rechnen, dass ein anderer ihnen den Job wegschnappt, indem er sie unterbietet. Auf diese Weise kann heute empirische Sozialforschung zu Spottpreisen eingekauft werden. Auch die Vertragsmoral lässt vielfach zu wünschen übrig. Private und öffentliche Auftraggeber zeigen zuweilen keine Hemmungen, die vertraglich zugesicherten Leistungen einzuschränken, etwa »Minderung« einzusetzen, Zulagen zu streichen, zusätzliche Leistungen abzuverlangen. Sie wissen, dass deren Verweigerung bei der nächsten Auftragserteilung angeführt werden kann. Skrupellos kompensieren Hochschulfachbereiche Stellenmangel durch die ungleich preiswerteren Lehraufträge. Dem arbeitslosen Privatdozenten bleibt gar nichts anderes übrig, als zur Aufrechterhaltung seiner Venia zu lehren. Er soll sich glücklich schätzen, Hochschul-lehrer auf der Basis bezahlter Lehraufträge spielen zu dürfen. Im Portemonnaie bleibt nichts, es lebt nur die Hoffnung, die »Ochsentour« könne doch noch zum Ziel führen. Kurzum: Am Schicksal des akademischen Nachwuchses lässt sich studieren, was frühe Kritiker kapitalistischen Wirtschaftens als Ausbeutung zu charakterisieren suchten.

Nun ist das schon lange bekannt, jedenfalls unter Betroffenen und Beobachtern dieses Erwerbszweiges. Eigentlich spricht alles dafür, dass die so zur Ausbeutung freigegebene Arbeitskraft durch eine machtvolle Vertretung ihrer Interessen in ihren Kämpfen gestützt wird. Den Kampf zu organisieren hätte vor allem die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie wäre aufgerufen, die Ausbeutungsverhältnisse in diesem Bereich aufzugreifen. Zuweilen bricht so etwas wie der Kampf um die Arbeitnehmerinteressen in der GEW durch, wenn die Situation der freien Sprachenlehrer bei Berlitz erlaubt, die Ausbeutung der Arbeitnehmer durch ihre Arbeitgeber mit Demonstrationen und Streik anzugehen. Die Chefs machen hier Profite auf Kosten der Mitarbeiter. Entsprechende Kämpfe lassen sich gegen die Kultusminister schlecht inszenieren.

Allein rhetorisch erreicht das Engagement der Gewerkschaft die hier in Rede stehende Klientel, nämlich in ihren Kampagnen gegen die »Scheinselbständigkeit«. Das Ziel lautet, aus (oft gering beschäftigten) Scheinselbständigen (wieder) richtige Arbeitnehmer zu machen. Auch die freien Wissenschaftler wären mehrheitlich wohl gerne Angestellte, lieber noch Beamte. Sie sind überall Geringbeschäftigte, wo ihr Geschäft nicht mehr Einnahmen ermöglicht, und weil sie auf eigene Rechnung arbeiten, sind sie, egal was sie verdienen, Selbständige. Auch in der erziehungswissen-

schaftlichen Szene lässt sich beobachten, was andere Erwerbszweige bestimmt: die Verbilligung von Leistungen durch den Abbau von Stellen und den Einkauf der freien/freigesetzten Arbeitskraft. Man nennt das heute »outgesourcte« Aufgaben, die von Kleinfirmen bzw. Scheinselbständigen erledigt werden. Auf diese Weise sparen die Auftraggeber Kosten. Die neuen Dienstleister sind ungleich flexibler zu handhaben als die Angestellten im eigenen Unternehmen. Das Mitarbeiterprinzip schafft viele Probleme: feste Tarife, Kündigungsschutz, Beamtenmentalität, Mitbestimmung. Auf dem Dienstleistermarkt kann man variabel einkaufen, wechseln, Verpflichtungen vermeiden. Der Mitarbeiter bekommt, was im Tarifvertrag steht, auch wenn er nicht leistet, was er leisten soll. Beim Dienstleister lässt sich die Vertragssumme »mindern«. Das stellt sogar für den Fall eine Verführung dar, in dem der Dienstleister ordentliche Arbeit geleistet hat. Es lohnt sich, ein Haar in der Suppe zu finden. Das jedenfalls zeigen die Urteile der Gerichte.

Gewerkschaftlich dafür zu kämpfen, dass aus den Scheinselbständigen Arbeitnehmer werden, die über einen sicheren Arbeitsplatz verfügen, ist sympathisch, politisch aber illusorisch. Deshalb hätte die Gewerkschaft zumindest alles zu tun, um diese Scheinselbständigen gegenüber der Willkür ihrer Auftraggeber zu schützen. Das Instrument tarifrechtlicher Regelungen taugt angesichts der neuen Arbeitsverhältnisse dafür nicht. Jeder kleine Auftrag eines »freien« Erziehungswissenschaftlers basiert auf einem privatrechtlichen Vertrag, der im juristischen Sinne frei mit dem Auftraggeber ausgehandelt wurde. Die gewerkschaftliche Vertretung von Interessen könnte auch anders erfolgen, nämlich durch den Ausbau des Rechtsschutzes, den die Gewerkschaften ihren Mitgliedern ja heute schon als eine ihrer zentralen Leistungen anbieten. Wenn der Scheinselbständige vom Auftraggeber schlecht behandelt wird und es zu einem Rechtsstreit kommt, wäre es die Aufgabe der Gewerkschaft, den Ausbeuter vor Gericht zu zerrn und dort zu bekämpfen. Genau dies ist aber nicht der Fall. Die Rechtsauskunft der GEW lautet: Wer als Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft einen Werkauftrag übernommen hat, hat einen privatrechtlichen Vertrag abgeschlossen. Er wird behandelt wie ein Selbständiger. Er kann nicht mit dem Rechtsschutz der GEW rechnen.

Würde das Problem erst heute auftreten, könnte man von einem Anpassungsproblem der Gewerkschaft gegenüber einer gewandelten Realität sprechen. Das Problem ist aber schon seit vielen Jahren bekannt. Nicht an einer arbeitnehmerfreundlichen Lösung, sondern an der Verwaltung alter Positionen ist die GEW augenscheinlich interessiert. Der Neoliberalismus findet auf diese Weise einen vorzüglichen Kampfgenossen bei denjenigen, die lautstark gegen ihn demonstrieren. Es gibt von daher für einen Nachwuchswissenschaftler keinen Grund, in die GEW einzutreten, aber jeden Grund, die gesparten Mitgliedsbeiträge bei einer guten Rechtsschutzversicherung zu deponieren. Ansonsten bliebe den Betroffenen nur übrig, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen.